Politik · Abi auf 2 Seiten · 2 / 8

Demokratie, Beteiligung und Medien

Demokratietheorie, Partizipation, Parteien, Verbände, Medien, wehrhafte Demokratie

Zwei Demokratietheorien

	Identitätstheorie (Rousseau)	Konkurrenztheorie (Fraenkel)
Gemeinwohl	steht vorher fest (*volonté générale*)	entsteht erst nachher aus dem Streit (a posteriori)
Interessen	Gruppen und Parteien stören	Vielfalt ist legitim (Pluralismus)
Form	eher direkt, Volk regiert selbst	repräsentativ, Wettbewerb von Parteien und Verbänden
Gefahr	Unterdrückung von Minderheiten	starke Gruppen setzen sich durch

Im Abitur

Häufig: Beteiligungsformen beurteilen, mehr direkte Demokratie ja oder nein, Rolle der Medien, Umgang mit Extremismus.

Grundgesetz

Repräsentativ. Volksentscheid auf Bundesebene nur bei der Neugliederung der Länder (Art. 29). In Ländern und Gemeinden: Volks- und Bürgerbegehren.

Formen der Partizipation

- **Konventionell / verfasst:** wählen, in Partei mitarbeiten, für ein Amt kandidieren.
- **Unkonventionell:** Demonstration, Petition, Bürgerinitiative, Online-Kampagne, Boykott.
- **Grenzfall ziviler Ungehorsam:** bewusster, gewaltfreier Regelbruch aus Gewissensgründen, Strafe wird in Kauf genommen (z. B. Klima-Blockaden).
- **Wahlbeteiligung** Bundestagswahl 2025: 82,5 %, höchster Wert seit 1987. Ungleich verteilt: Wer ärmer und formal weniger gebildet ist, wählt seltener.

Pro direkte Demokratie

mehr Legitimität, Mitsprache zwischen den Wahlen, Mittel gegen Verdrossenheit.

Contra

komplexe Themen auf Ja/Nein verkürzt, sozial selektive Beteiligung, Minderheitenschutz, Populismus.

Parteien und Verbände

- **Parteien (Art. 21):** „wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Innere Ordnung muss demokratisch sein, Herkunft der Mittel offenlegen.
- **Funktionen:** Interessen bündeln (Aggregation), Personal auswählen (Rekrutierung), Programme, Regierung bzw. Opposition bilden, Bürger einbinden.
- **Verbände** (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Umwelt-, Sozialverbände) vertreten Sonderinteressen, liefern Fachwissen. Kritik: ungleiche Durchsetzungsmacht. Seit 2022 gibt es ein Lobbyregister des Bundestages.
- **Krise der Parteien?** sinkende Mitgliederzahlen, Vertrauensverlust, Fragmentierung des Parteiensystems, schwierigere Koalitionsbildung.
- **Parteienfinanzierung:** Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Teilfinanzierung. Der Staat zahlt nur so viel, wie die Partei selbst einnimmt (relative Obergrenze), damit sie in der Gesellschaft verankert bleibt.

Begriffe

Volkspartei: breite Wählerschaft. **Klientelpartei:** bestimmte Gruppe. **Lobbyismus:** Einflussnahme auf Politik.

Medien in der Demokratie

- **Funktionen:** informieren, Meinungsbildung ermöglichen, kritisieren und kontrollieren („vierte Gewalt"). Grundlage: Presse- und Rundfunkfreiheit (Art. 5).
- **Agenda Setting** (McCombs/Shaw 1972): Medien bestimmen nicht, *was* wir denken, aber *worüber*. **Gatekeeping:** Auswahl der Nachrichten nach Nachrichtenwerten.
- **Soziale Medien:** jeder kann senden, Algorithmen belohnen Emotion und Empörung. Folgen: Filterblase und Echokammer (in der Forschung umstritten), Desinformation, Hassrede.
- **Antworten:** Medienkompetenz, Faktenchecks, Plattformregeln (EU: Digital Services Act), öffentlich-rechtlicher Rundfunk als Grundversorgung.

Beispiel

Vor Wahlen werden gezielt gefälschte Inhalte und Bot-Netzwerke eingesetzt, um Stimmung zu machen.

Wehrhafte (streitbare) Demokratie

Instrument	Inhalt
Parteiverbot (Art. 21 (2))	nur durch das BVerfG: SRP 1952, KPD 1956
Finanzierungsausschluss (Art. 21 (3))	seit 2017 möglich, 2024 erstmals gegen „Die Heimat" (früher NPD)
Vereinsverbot (Art. 9 (2))	durch Innenministerien, häufig gegen extremistische Gruppen
Grundrechtsverwirkung (Art. 18)	durch das BVerfG, bisher nie ausgesprochen
Verfassungsschutz	beobachtet Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

NPD 2017

Ziele verfassungsfeindlich, aber zu unbedeutend, um sie zu erreichen. Deshalb kein Verbot. Daraufhin wurde Art. 21 (3) eingeführt.

Extremismus und Populismus

- **Extremismus:** lehnt die freiheitliche demokratische Grundordnung ab (Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat). **Radikal** ist erlaubt, solange es im Rahmen des Grundgesetzes bleibt.
- **Populismus:** teilt die Gesellschaft in ein „reines Volk" und eine „korrupte Elite", beansprucht allein für das Volk zu sprechen. Kern ist der **Anti-Pluralismus**.
- **Dilemma:** Verbot schützt die Demokratie, kann aber Märtyrer schaffen und Wähler ausschließen. Alternative: politische Auseinandersetzung, Bildung.

Begriff

FDGO = freiheitliche demokratische Grundordnung, der unantastbare Kern der Verfassung.

Typische Fehler

- „Ziviler Ungehorsam ist legal": Er ist bewusster Regelbruch, die Strafe wird akzeptiert.
- „Extremistisch = radikal": Radikale Positionen sind erlaubt, extremistische richten sich gegen die FDGO.
- „Medien bestimmen unsere Meinung": Agenda Setting wirkt vor allem auf die Wichtigkeit von Themen.
- „Deutschland hat keine direkte Demokratie": In Ländern und Gemeinden gibt es Volks- und Bürgerentscheide.

Urteilen

Kriterien nennen: **Legitimität**, **Effizienz**, **Repräsentativität**, Folgen für Minderheiten.

Weiter lernen

mehr Zettel folgen

- Mehr Überblicke gibt es kostenlos.

Alle Zettel kostenlos:

Link im Profil

von randnotiz